„Der Weg in die Moderne“ – Ulm und Oberschwaben im Königreich Württemberg 1810

Eröffnung der Ausstellung „Der Weg in die Moderne“, Stadthaus Ulm, 21. März 2010

Prof. Dr. Michael Wettengel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Vor 200 Jahren herrschte in Paris eine emsige diplomatische Tätigkeit. Napoleon hatte nach seinen erneuten Siegen im fünften Koalitionskrieg am 14. Oktober 1809 auf Schloss Schönbrunn einen Frieden abgeschlossen, der Österreich zu gewaltigen Gebietsabtretungen, Truppenreduzierungen, Reparationen und weiteren Zugeständnissen zwang. Am 1. April 1810 wurde die damals 18-jährige österreichische Kaisertochter Marie Louise mit Napoleon verheiratet, den sie zutiefst verabscheute. Der österreichische Gesandte Graf von Metternich bemerkte dazu lapidar: *"Kann man zwischen dem Untergang einer ganzen Monarchie und dem persönlichen Unglück einer Prinzessin wählen?"* Das französische Kaiserreich stand auf dem Gipfel seiner Macht. Nun forderten auch die Vasallen Napoleons, allen voran die frischgebackenen Könige von Bayern und Württemberg und der Großherzog von Baden, für ihre Unterstützung der Feldzüge mit Truppenkontingenten einen Anteil an der Beute.

In einem zähen Feilschen um Ländereien und Untertanen erhielt der bayerische König Maximilian Joseph umfangreiche Gebiete, darunter Bayreuth, Regensburg, Berchtesgaden, Salzburg und das Innviertel. Im Gegenzug musste Bayern auch Territorien abtreten, unter anderem an den württembergischen König Friedrich große Teile Schwabens zwischen Bodensee und Alb, darunter die Stadt Ulm. Im Pariser Vertrag vom 28. Februar und dem Vertrag von Compiègne vom 24. April 1810 wurden die Grundzüge für den großangelegten gegenseitigen Gebietsaustausch unter Vermittlung Napoleons festgelegt. So hieß es in Artikel 2 des Vertrags von Compiègne in einer Übersetzung aus dem Französischen kurz und lapidar: *„Um diese Übertragung durchzuführen [gemeint ist der versprochene Gebietsgewinn Württembergs], wird seine Majestät der König von Württemberg von Bayern ein Territorium erhalten, das eine Bevölkerung von einhundertfünfundfünfzigtausend Seelen enthält, und er […] andere Territorien zur Verfügung stellen, die an das Großherzogtum von Baden grenzen und eine Bevölkerung von mindestens fünfundvierzigtausend Seelen enthalten […].“* Die Grundlage der Verhandlungen waren also nackte Zahlen einer Bevölkerung, die von den

Herrschern als reine Ressource für Steuereinkünfte und Rekruten betrachtet wurde. Es war ein seelenloses Seelengeschacher, und natürlich wurde auf die Wünsche oder gar das Glück der betroffenen Menschen in Ulm und anderswo keine Rücksicht genommen – noch viel weniger als bei der erwähnten österreichischen Kaisertochter.

Erst in dem nachfolgenden Staatsvertrag zwischen Württemberg und Bayern vom 18./25. Mai 1810 wurde die genaue Grenzlinie zwischen beiden Staaten festgelegt, und damit wurden umfangreiche Gebiete zwischen Bodensee und Alb an Württemberg abgetreten, darunter die Stadt Ulm und Teile Oberschwabens. Die neue Grenze durchschnitt rücksichtslos gewachsene Strukturen, sogar die Markung der Stadt Ulm, die dadurch beinahe halbiert wurde. Die Übergabe Ulms an Württemberg fand am 6. und 7. November 1810 im Beisein des französischen Kommissärs und Generals Graf von Narbonne statt. Die Anwesenheit des französischen Gesandten sollte wohl vor allen Dingen sicherstellen, dass sich die Verbündeten Napoleons dabei nicht in die Haare gerieten. Und dazu bestand wahrlich Anlass. Noch zwei Jahre zuvor war es zu einem Feuergefecht zwischen württembergischem und bayerischem Militär in Wiblingen gekommen, bei dem zwei württembergische Soldaten den Tod fanden. Und auch am 6. November 1810 war die Lage gespannt: Aus Unmut über ihren Abzug aus Ulm zerschlugen bayerische Soldaten Fenster und Türen der Kaserne und der Hauptwache in Ulm. Nicht Napoleon war schuld an den fragwürdigen Grenzverläufen, sondern die mit ihm verbündeten deutschen Fürsten.

Die neuen Grenzen sollten dauerhaft bleiben. Von geringen Korrekturen abgesehen, sind sie immer noch gültig. Auch die damals ausgehandelten staatlichen Zugehörigkeiten und mit ihnen die politischen Strukturen sind bis in die Gegenwart bestimmend. Württemberg und Baden erhielten ihren staatlichen Abschluss, und die bis dahin noch im Fluss befindlichen Verhältnisse konsolidierten sich. Auf dem Wiener Kongress wurden diese lediglich bestätigt, und auch die Versuche Bayerns, ehemals kurpfälzisches Territorium von Baden wiederzuerlangen, blieben erfolglos. Das Jahr 1810 bildete somit einen tiefen historischen Einschnitt für den deutschen Südwesten. Nach Jahrzehnten der kriegerischen Unruhe, der Auflösung ganzer Staatsgebilde und der Umverteilung großer Landstriche wurden nun dauerhafte Verhältnisse geschaffen. Zwar waren die Grenzverläufe oft alles andere als günstig, dies zeigt gerade das Beispiel von Ulm, dessen Handel dadurch große Nachteile

hinnehmen musste. Dennoch bildete die Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse eine Grundlage für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung der Region.

Die Bevölkerung der neuwürttembergischen Gebiete, die König Friedrich 1810 erworben hatte, war nach langen Jahren des Krieges völlig ausgeblutet. Seit dem Einmarsch der französischen Armee im Jahr 1796 war Oberschwaben zum Kriegsschauplatz geworden, mit vielfältigen, großen Belastungen für die Bevölkerung, sei es durch Truppendurchmärsche, Rekrutierungen, militärische Besatzungen, Einquartierungen, Geldforderungen oder durch Kriegshandlungen. Sowohl der Umfang der militärischen Aktionen als auch die Größe und Beweglichkeit der Heere hatten eine neue, bis dahin unbekannte Qualität erreicht, die die ökonomische Leistungskraft der betroffenen Gebiete weit überstieg.

Durch die Kriegsauswirkungen stieg die Zahl der Armen sprunghaft an. Von den tief verschuldeten Städten und Gemeinden konnten sie nicht mehr versorgt werden. Äcker und Felder waren in weiten Gebieten verwüstet, die Vorräte aufgebraucht. Noch waren die Kriegszeiten nicht zu Ende – bereits 1812 begann der Feldzug Napoleons gegen Russland, an dem auch ein württembergisches Kontingent teilnehmen musste. Doch wenigstens von den Kampfhandlungen war die Region nicht mehr betroffen. Ganze Fürstentümer, reichsstädtische und geistliche Herrschaften waren in der großen Flurbereinigung der vorangegangenen Jahre verschwunden, neue, größere Staaten entstanden. Die betroffene Bevölkerung musste sich auf neue Loyalitäten und veränderte politische Verhältnisse und damit auch neue soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen einstellen.

Zugleich war aber auch für die Regierungen nichts mehr so, wie es einmal gewesen war. Das Herrschaftssystem des Ancien Regime war vorbei, und selbst eine restaurative Politik musste sich auf die neuen Bedingungen nach der Französischen Revolution einstellen. Ich möchte dies hier beispielhaft anhand eines wichtigen Aspekts andeuten: Die Steuern: Die wirtschaftliche Katastrophe der napoleonischen Kriege hatte zu Schuldenlasten geführt, die bis dahin beispiellos waren. Um sie zu bewältigen, war die Herausbildung eines modernen Steuerstaats mit einer effizienten Besteuerung der Bevölkerung auf den Grundlagen der Allgemeinheit und Gleichheit erforderlich. Ohne Zugeständnisse an die Steuerzahler in Form von politischen Mitwirkungsrechten war dies kaum erfolgreich umsetzbar, zumal die neuen revolutionären Ideen von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bei vielen Menschen großen

Anklang gefunden hatten. Die neue Zeit drängte zu einer Beteiligung der Untertanen an der Politik in Form von Repräsentativorganen, nicht mehr nur durch eine ständische Vertretung wie in der Vergangenheit. In vielerlei Hinsicht gab es einen Neuanfang, der von den neuen politischen Gegebenheiten ausging.

Diese neuen Verhältnisse waren bei den betroffenen Menschen allerdings nicht immer ein Anlass zur Freude. So löste die Nachricht, nun Württemberger geworden zu sein, bei der Bevölkerung in Ulm und in Oberschwaben wenig Begeisterung aus. Charakteristisch dürfte die Darstellung eines Ulmer Chronisten sein: *„Der Frühling des Jahres [1810] brachte den Ulmern eine große und zunächst recht unangenehm empfundene Überraschung. […].Ulm [wurde] württembergisch. […] Diese Nachricht wurde nicht mit freudigem Herzen aufgenommen, aber die Wirklichkeit zeigte sich schlimmer, als man befürchtet hatte.“* Vor allem gegen König Friedrich von Württemberg, der als Despot verschrien war, bestanden große Vorbehalte. Bei dem erwähnten Chronisten hieß es dazu: *„Eine Vergleichung der beiderseitigen Landesherren, des so überaus einfachen und bürgerfreundlichen Maximilian [von Bayern] und des streng aristokratischen Friedrich [von Württemberg], eines gewaltigen Jägers, sprach auch nicht zu Gunsten des Letzeren. Dazu kamen große pekuniäre Verluste, welche von Monat zu Monat mehr hervortraten.“*

Vor diesem Hintergrund ist es schon erstaunlich, dass die Integration der neuwürttembergischen Gebiete letztlich doch erfolgreich verlief. Tatsächlich richtete sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung in erster Linie gegen den König und seine Beamten. Dies zeigte sich während des württembergischen Verfassungsstreits 1815, als sich die Mehrheit der württembergischen Landstände gegen den Verfassungsentwurf des Königs stellte und die Wiederherstellung des „guten alten Rechts“ forderte. Der Ulmer Magistrat und der Ulmer Landtagsabgeordnete Johann Heinrich Miller stellten sich dabei auf die Seite der württembergischen „Altrechtler“, obgleich es sich bei dem hier geforderten „alten Recht“ ja nicht um Ulmer Recht handelte. Dies darf als Ausdruck einer Verbundenheit mit den württembergischen Landständen und einer Integration in den württembergischen Staatsverband gewertet werden. Trotz aller Unzufriedenheit mit dem König stand die Zugehörigkeit zu Württemberg in Ulm 1815 nicht zur Disposition.

Im Gegensatz zu König Friedrich verstand sein Sohn und Nachfolger Wilhelm die Erfordernisse der neuen Zeit. Auch noch so gut gemeinte Reformen mussten künftig, wenn sie Erfolge zeitigen sollten, auf dem Einverständnis und der Mitwirkung der Untertanen beruhen. Als König Wilhelm I. nach dem Tod seines Vaters 1816 den Thron bestieg, begann er ein umfangreiches Reformprogramm, das entscheidend zur weiteren Integration der neuen Landesteile beitrug. Eine wichtige Rolle spielte dabei die württembergische Verfassung vom 25. September 1819, die eine der fortschrittlichsten Verfassungen ihrer Zeit war. Erstmals wurden in Württemberg für alle Staatsbürger moderne Grundrechte und politische Mitwirkungsrechte festgeschrieben, eine konstitutionelle Regierungsform eingeführt und dem Landtag das volle Steuerbewilligungs- und Budget-Recht eingeräumt. Und im Gegensatz zu den meisten anderen Verfassungen deutscher Staaten beruhte die württembergische auf einer förmlichen Vereinbarung zwischen König und Landtag. Für die neuwürttembergischen Gebiete, zu denen Ulm gehörte, stellte die Verfassung eine integrative Klammer dar. Die begeisterte Teilnahme vieler Ulmer und Oberschwaben am Festzug der Württemberger zum 25-jährigen Regierungsjubiläum von König Wilhelm I. am 28. September 1841 zeigte, wie sehr sich ehemalige Reichsstädter und Oberschwaben schon als Württemberger fühlten. Der Ausgangspunkt für diese Entwicklung aber war die tiefgreifende Zäsur von 1810 und der damit verbundene Neuanfang.

Anlässlich des 200. Jahrestages der Eingliederung von Ulm und Oberschwaben in das Königreich Württemberg präsentieren heute die Städte Friedrichshafen, Leutkirch, Ravensburg und Ulm eine gemeinsame Wanderausstellung. Alle sind ehemalige Reichsstädte, die zunächst bayerisch und dann 1810 württembergisch wurden. Diese Ausstellung unter dem Namen „Der Weg in die Moderne“ widmet sich dabei nicht so sehr der staatlichen Neuordnung von 1810, sondern vielmehr dem tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, der in der Region und vor Ort ausgelöst wurde. Viele der damals begonnenen Entwicklungen bestimmen unsere Lebenswirklichkeit bis heute, und manche von ihnen sind immer noch von hoher Aktualität. Einige wenige Beispiele möchte ich hier nennen:

Als erstes sei die Gemeindeverfassung genannt. Die Reform des Gemeindeverfassungsrechts bildete einen Kernbereich der staatlichen Neuordnung und zugleich ein Symbol der Reformzeit, denn gerade durch sie sollte die Bürgerschaft aktiviert werden. Die Edikte vom

31. Dezember 1818 und 11. März 1822 begründeten die kommunale Selbstverwaltung in Württemberg. Bis dahin galten Städte und Gemeinden hierzulande als untere Vollzugsinstanzen der Staatsverwaltung. Durch die Reformen wurden sie zur *„Grundlage des Staats-Vereins“* und durften alle sie betreffenden Angelegenheiten selbst regeln, ihr Vermögen selbstständig verwalten und öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Gerade in den ehemaligen Reichsstädten stieß dies auf freudige Zustimmung, da sie auf diese Weise wenigstens einen Teil der Selbstständigkeit zurück erhielten, die sie einst besessen hatten.

Die Reformen verankerten darüber hinaus politische Mitwirkungsrechte sowie das gleiche und direkte Wahlrecht der Gemeindebürger auf kommunaler Ebene. Zuvor war das Stadtregiment in Ulm noch immer von Patriziern beherrscht, nun waren ihnen die städtischen Spitzenämter nicht mehr vorbehalten. Und gleich bei der ersten Oberbürgermeister-Wahl im Jahr 1819 setzte sich der Rechtsanwalt Christoph Leonhard Wolbach, Sohn eines Ulmer Schreibers, mit deutlichem Abstand gegen zwei patrizische Mitbewerber durch. Die Mitglieder des neuen Gemeinderats wurden nicht mehr nach ständischen Kriterien, sondern aufgrund eines gleichen Wahlrechts aller Gemeindebürger gewählt. Und der neue Gemeinderat fühlte sich im Gegensatz zum reichsstädtischen Rat gegenüber der Bürgerschaft nicht mehr als Obrigkeit. Kontrolliert wurde er durch einen ebenfalls von der Bürgerschaft gewählten Bürgerausschuss. Eine kommunale Demokratie war dies noch nicht, dazu war nicht zuletzt das Gemeindebürgerrecht zu exklusiv. Aber unsere moderne Demokratie in Städten und Gemeinden beruht auf der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung vor 200 Jahren. Auch das Leitbild einer sozial und kulturell engagierten, ihr kommunales Umfeld aktiv gestaltenden Bürgerschaft kann sich auf eine derart lange Tradition berufen.

Weitere Beispiele bieten Verkehr und Wirtschaft. Vor der sogenannten industriellen Revolution, die die Lebensverhältnisse und die Umwelt nachhaltig und tiefgreifend veränderte, ereignete sich hier bei uns eine Revolution anderer Art, die der Transportwege. Erst die grundlegende Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ermöglichte den industriellen Durchbruch in der vor 200 Jahren noch überwiegend landwirtschaftlich geprägten Region. Entscheidende Bedeutung kam dabei der Eisenbahn zu, und hier vor allem der Bahnverbindung zwischen Stuttgart und Ulm sowie der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen. Ein breites Bündnis aus kommunaler Politik, Bürgerschaft, Handel und Gewerbe hatte sich seit den 1830er Jahren in Ulm und vielen oberschwäbischen Städten für

den Eisenbahnbau und für die Linienführung durch das Filstal eingesetzt. Damit fiel die Entscheidung für den kürzesten Weg von Stuttgart nach Ulm. Auch die Südbahn musste erst gegen eine alternative Streckenführung entlang der Iller durchgesetzt werden. 1846 wurde schließlich mit dem Bau der Südbahn begonnen, und 1850 traf der erste Zug von Stuttgart in Ulm ein.

Die Eisenbahn erlaubte den raschen Transport von Personen und Gütern in der Region und wirkte als Katalysator für die wirtschaftliche Entwicklung von Ulm und Oberschwaben. Die Bereitschaft der württembergischen Regierung, gewaltige Haushaltssummen für den Eisenbahnbau zu investieren, bildete dabei eine Grundvoraussetzung für den Erfolg des Vorhabens. Ausgehend von der Südbahn erfolgte seit den 1860er Jahren der weitere Ausbau des oberschwäbischen Schienennetzes. Auch die Dampfschifffahrt begann in jener Zeit: Bereits 1824 nahm das erste Dampfschiff auf dem Bodensee seine regelmäßigen Fahrten auf. Die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für den Wirtschaftsstandort ist bis heute ungebrochen. Und öffentliche Investitionen beim Bahnausbau von und nach Ulm sind heute wieder ein aktuelles und heiß umstrittenes Thema. Hier können Sie nun die Anfänge dieser Entwicklung nachvollziehen.

Erst nach der Modernisierung der Verkehrswege konnte sich die industrielle Wirtschaftsweise in Oberschwaben und Ulm durchsetzen, das unter der Randlage zu Bayern litt. In der zweiten Jahrhunderthälfte entstanden in Ulm und im Gebiet um Ravensburg industrielle Zentren. Gerade in der Frühphase der Industrialisierung wurde häufig die Wasserkraft genutzt, während der Einsatz von Dampfmaschinen aufgrund der hohen Investitionskosten erst langsam in Gang kam. Unternehmen wurden gegründet, die noch heute bestehen oder als Bestandteile neuer Firmen weiterarbeiten, wie beispielsweise in Ulm Magirus, heute Iveco, und die Wieland-Werke, in Ravensburg die Maschinenfabrik Escher & Wyss, heute Andritz Hydro GmbH, und im Schussental die Papierfabrik Mochenwangen, heute Arctic Paper. In Friedrichshafen erfolgte der entscheidende Industrialisierungsimpuls zum Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Bau der Zeppelin-Werft. Neue Industriezweige entstanden, wie die metallverarbeitende Industrie, die Zementindustrie und der Fahrzeugbau. Die damals entstandenen Industriebetriebe prägten die Wirtschaft der Region bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Sie entwickelten sich zu den wichtigsten Arbeitgebern und zogen zahlreiche Menschen vom Land in die Städte. Ein Prozess der Urbanisierung wurde dadurch

angestoßen, der die Städte nachhaltig veränderte. Noch heute sind viele der damals gegründeten Unternehmen feste Bestandteile der industriellen Kultur.

Ein tiefgreifender Wandel vollzog sich auch in der Landwirtschaft, die in Oberschwaben von besonderer Bedeutung war. Vor 200 Jahren war die Ernährungslage der Bevölkerung prekär und durch periodisch wiederkehrende Hungersnöte gekennzeichnet. Die schlimmste ereignete sich 1816, als eine klimatisch bedingte schwere Missernte allenthalben für Hunger sorgte. Nach der damals herrschenden Lehre, die auf den britischen Ökonomen Robert Malthus zurückging, gab es dafür keine wirkliche Lösung. In einer 1793 veröffentlichten Studie wurde das sogenannte eherne Bevölkerungsgesetz formuliert, wonach die Bevölkerung in geometrischer Reihe, die Nahrungsmittel hingegen in arithmetischer Reihe zunehmen. Ohne repressive Maßnahmen gegen ein unkontrolliertes Bevölkerungswachstum würde sich die Schere immer weiter öffnen und Armut und Verelendung schienen unausweichlich. Die Politik zog daraus Konsequenzen: Die letztlich erfolglosen Verehelichungsverbote für Arme in Württemberg waren eine Folge dieser Diagnose. Die Entwicklung sollte aber anders verlaufen, als es die pessimistischen Prognosen vorhersagten. Durch die Ablösung der Agrarlasten wurden die Besitzverhältnisse im ländlichen Bereich neu geregelt, Bauern wurden nun zu Eigentümern an Grund und Boden. Neue, leistungsstarke landwirtschaftliche Geräte wurden hergestellt, so beispielsweise von der Ulmer Firma Eberhardt. Die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Verwendung des gerade erfundenen Kunstdüngers steigerten die Ernteerträge nachhaltig. Und nicht zuletzt konnten Nahrungsmittel mit der Bahn rasch dorthin transportiert werden, wo sie benötigt wurden. Damit wurde die Versorgung der rasch wachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sichergestellt und die Gefahr von ständig wiederkehrenden Hungerkrisen zumindest in Deutschland gebannt.

Durch Zuzüge vor allem aus ländlichen Gegenden wuchsen die Städte in einem bis dahin unbekannten Ausmaß. Beispielhaft dafür ist Ulm, das einen Anstieg der Bevölkerung um beinahe das Fünffache in hundert Jahren zu verzeichnen hatte. Eine neue soziale Schicht, die Industriearbeiterschaft, entstand; Industriegebiete und Arbeiterviertel breiteten sich aus. Umweltverschmutzung und soziale Probleme stellten die kommunalen Verwaltungen vor bislang unbekannte Herausforderungen. Eine Infrastruktur wurde errichtet mit Gas- und Elektrizitätswerken, öffentlichem Nahverkehr, zentralen Wasserversorgungen und

leistungsfähiger Kanalisation. Diese verhinderten Seuchen, versorgten die Menschen mit moderner Energie, minderten die Umweltbelastung und verwandelten und beleuchteten die Städte. Zunächst waren Industriegebiete und Arbeitersiedlungen noch nahe beieinander. Erst später wurden Arbeiten und Wohnen immer mehr getrennt. Mit großem Einsatz versuchten Unternehmen und Kommunalverwaltungen, Slums wie in englischen Industriestädten zu verhindern. In Ulm förderte die Stadt den sozialen Arbeitereigenheimbau, der weltweit Aufmerksamkeit erfuhr. Die sozialen und ökologischen Folgekosten der Industrialisierung wurden auch damals schon von den Kommunen bewältigt.

Aber nicht nur Arbeiterviertel wurden in dieser Hochzeit des Städtebaus errichtet, sondern auch repräsentative Gebäude, die in historisierenden Formen gehalten waren. Die Hauptbahnhöfe wurden zu Visitenkarten der Städte, neue bürgerliche Wohnviertel entstanden, und seit den 1870er Jahren wurden landhausartige Gebäude und Villen in aufwändiger Gestaltung am Rande der Städte erbaut. Im Fall von Friedrichshafen haben wir sogar das Beispiel einer geplanten Stadt, die 1811 durch die Zusammenlegung der ehemaligen Reichsstadt Buchhorn mit dem Kloster und Dorf Hofen gegründet wurde.

Und es war eine Zeit der politischen Unruhe. Da die Verfassungswirklichkeit weit hinter der fortschrittlichen Verfassung zurückblieb, entstand eine politische Opposition, die eine Verwirklichung von Freiheits- und Mitwirkungsrechten sowie die Schaffung eines deutschen Nationalstaats anstrebte. Völlig neu war, dass diese liberale Opposition an die Öffentlichkeit appellierte und die Medien für ihre Zwecke nutzte. Ihren Rückhalt hatten die Liberalen in den kommunalen Gremien und im Landtag. Damals entstanden moderne Formen der Politik und der Interessenvertretung. Und bis heute gehört der Liberalismus zu den bestimmenden politischen Kräften des deutschen Südwestens.

Dies waren nur einige Aspekte, die beliebig ergänzt werden könnten: In jener Zeit entstanden Parlamentarismus und moderne politische Parteien auch hier in der Region, die ersten Massenmedien für ein Massenpublikum, Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiterbewegung, die Anfänge der Frauenbewegung und der kulturellen Moderne sowie zahllose technische Neuerungen, die bis heute unseren Alltag prägen. Es war aber auch eine Zeit der Widersprüche, der Faszination vom Mittelalter und der Begeisterung für den Fortschritt, von dem man die Lösung aller Menschheitsprobleme erwartete. Einerseits wurden

traditionelle Feste wiederbelebt und gotische Kirchen nach alten Plänen vollendet, andererseits mittelalterliche Tore abgerissen, wenn sie dem modernen Verkehr im Wege standen. Das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Fortschrittsglauben bildet ein Grundelement der Epoche.

All diese Themen können in einer Ausstellung bestenfalls angeschnitten, nicht aber erschöpfend behandelt werden. Wichtig ist, ein Bewusstsein für den Wandel und die Dynamik zu bekommen, die damals ausgelöst wurden. Zu Anfang der Zeitreise, die wir hier mit Ihnen unternehmen, existierte noch eine traditionelle agrarisch geprägte, ständisch gegliederte Gesellschaft, die Städte waren umfasst von mittelalterlichen Mauern und Türmen, mit dunklen Straßen, auf denen Pferde und Kutschen seit alters her verkehrten. Sehr fremd und altertümlich würde uns dies vorkommen. Dagegen würden wir uns in den Städten gegen Ende der Epoche, der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, gut zurechtfinden; es ist nun die Gesellschaft unserer Urgroßeltern und Großeltern. Die Straßen sind gut beleuchtet und wir fahren mit der elektrisch betriebenen Straßenbahn durch Ulm, das über eine zentrale Wasser- und Energieversorgung verfügt. Die ersten Häuser besitzen bereits einen Telefonanschluss und die ersten Automobile rattern durch die Stadt. Die Entwicklungen jener Zeit wiesen in die Zukunft, in unsere eigene Lebenswelt, deren Anfänge hier zu erleben sind.

Die Ausstellungsarchitektur unterstreicht den Charakter einer Zeitreise und greift zugleich das Motiv einer Verbindungsachse auf, die der Eisenbahnstrecke für die Region zwischen Ulm und Friedrichshafen zukam. Die einzelnen Abschnitte der Ausstellung, kommunale Selbstverwaltung, Eisenbahn, Landwirtschaft, Urbanisierung und Industrialisierung, sind farblich unterschiedlich gekennzeichnet. Sie fügen sich zugleich aber auf der Zeitachse so zueinander, dass auch Verbindungen zwischen den verschiedenen Bereichen erkennbar werden. Indem stets Exponate aus den beteiligten Städten präsentiert werden, kann bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelfall die Parallelität der Entwicklungen verdeutlicht werden.

Fragt man, welche Bedeutung die Ereignisse vor 200 Jahren für uns heute haben, so kann dies auf eine kurze Formel gebracht werden: Sie zeigen, wie ein Strukturwandel bewältigt werden kann. Oder um es ausführlicher zu beschreiben: Gezeigt wird, wie es möglich war, trotz widrigster Bedingungen, großer Kriegsschäden, gewaltiger Schulden, enormer sozialer Probleme und ökonomischer Rückständigkeit einen bis dahin beispiellosen wirtschaftlichen

Aufstieg und einen grundlegenden Strukturwandel in fast allen Bereichen zu ermöglichen. Und dieser Wandel ging in einem erheblichen Maße von den Städten aus und spielte sich auch dort ab.

Wie konnte das gelingen? Eine entscheidende Rolle spielte dabei aus meiner Sicht die Tatsache, dass am Anfang der Entwicklung die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung stand. Bewusst beginnt daher auch unsere Ausstellung mit den Reformen der Gemeindeverfassung. Die Spielräume, die der Bürgerschaft in den Städten eröffnet wurden, die Möglichkeit, die Angelegenheiten im kommunalen Umfeld in die eigenen Hände zu nehmen, setzte Energien frei, ohne die die Herausforderungen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels wohl kaum zu bewältigen gewesen wären. Die Bürgerschaft in den Städten ergriff die Chancen, die ihnen die kommunale Selbstverwaltung eröffnete. Gerade in den ehemaligen Reichsstädten profitierte man dabei von dem Erfahrungswissen früherer Autonomie und dem Selbstbewusstsein, auch große Vorhaben mutig anzupacken. Die reichsstädtischen Traditionen bildeten somit keinen überflüssigen Ballast, sondern einen wichtigen Erfahrungsschatz für die Bürgerinnen und Bürger, der ihr Selbstverständnis prägte und der auch gerade in dieser Zeit neu belebt wurde. Kein Zweifel, die Bürgerschaft der Städte hat davon profitiert und den Weg in die Moderne erfolgreich beschreiten können.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Schluss. Diese Ausstellung ist das Werk vieler; sie ist ein schönes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen vier ehemaligen schwäbischen Reichsstädten, die alle zuerst bayerisch, dann 1810 württembergisch wurden. Friedrichshafen, Leutkirch, Ravensburg und Ulm haben sich zu einem Ausstellungsprojekt zusammengefunden und in harmonischer und kollegialer Weise kooperiert. Nur so war es möglich, viele Exponate zusammenzustellen, die so noch nicht zu sehen waren. Die Ausstellung zeigt, wie gut Ulmer und Oberschwaben miteinander auskommen können! Ich danke insbesondere Frau Siegloch vom Stadtarchiv Leutkirch, Frau Entrup und Herrn Oellers von Stadtarchiv und Bodenseebibliothek Friedrichshafen sowie Herrn Dr. Schmauder und Frau Babic vom Haus der Stadtgeschichte und dem Museum Humpis-Quartier Ravensburg für die vorbildliche Kooperation und die Mitwirkung am gemeinsamen Werk. Mein herzlicher Dank richtet sich aber auch an unsere Kooperationspartner vor Ort, Frau Nieraad und Frau Dr. Presuhn sowie das gesamte Team

des Stadthauses Ulm für die hervorragende Arbeit. Nicht unerwähnt lassen möchte ich Herrn Dr. Jensch vom Stadtarchiv Wangen, der uns mit seinem konstruktiven Rat begleitet hat.

Ich möchte jedoch vor allem auch jenen herzlich danken, die aktiv an der Ausstellung mitgearbeitet haben. Hier danke ich zunächst Herrn Dr. Uwe Schmidt, in dessen Händen die inhaltliche Konzeption, Recherche und Bearbeitung lagen. Herr Dr. Stemshorn und Herr Poll haben in engagierter und professioneller Weise die Gestaltung, Planung und Realisierung der Ausstellung übernommen, die kreative Ausstellungsgrafik und die Gestaltung der Begleitbroschüre zur Ausstellung waren das Werk von Herrn Dominik Lahaye und Frau Tiedemann, die Realisierung und die Transporte lagen bei der Firma Freiraum Messe- Und Objektdesign GmbH, für die Publikation der Begleitbroschüre, die Sie am Eingang erstehen können, sorgten die Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm und der Jan Thorbecke Verlag, wofür ich Herrn Vogt danken möchte.
Mein Dank gilt in besonderer Weise meinem gesamten Team vom Haus der Stadtgeschichte, ohne die ich diese Ausstellung hier nicht hätte erarbeiten können. Nennen möchte ich hier vor allem Herrn Seemüller, Herrn Grotz und Frau Dr. Litz sowie Herrn Dr. Weig, der als ehemaliger Mitarbeiter ebenfalls hilfreich zur Seite gestanden hat. Frau Wollinsky, Herr Troschke und Frau Pulgarin vom Bildarchiv haben die Bildvorlagen geliefert. Ihnen allen ganz herzlichen Dank!

Ohne politische und finanzielle Unterstützung wäre es nicht zu dieser Ausstellung gekommen. Mein Dank gilt daher zunächst dem Oberbürgermeister und dem Gemeinderat der Stadt Ulm, den Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Gemeinderäten der Städte Friedrichshafen, Leutkirch und Ravensburg sowie unseren Sponsoren und Spendern, der Sparkasse Ulm, der Sparkasse Bodensee, der Firma SCHWENK Zement KG, den Wieland-Werken AG und der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH für die großzügige Förderung des Ausstellungsprojekts. Gerade in diesen für die Städte finanziell schwierigen Zeiten ist die Förderung kultureller Vorhaben und großer Projekte wie diesem besonders anerkennenswert. Großzügigerweise hat uns Herr Christian Glass vom Donauschwäbischen Zentralmuseum mit Vitrinentechnik ausgeholfen, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Gedankt sei aber vor allem auch den Leihgebern, die großzügig Exponate für die Ausstellung zur Verfügung gestellt haben, hier vor allem der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke, von denen wir fast in letzter Minute noch ein wichtiges Exponat erhalten haben. Weitere Leihgeber waren neben den

beteiligten Institutionen das Museum im Bock in Leutkirch im Allgäu, das Ulmer Museum, das Institut für Technikgeschichte der Hochschule Ulm, das Archiv der Luftschiffbau Zeppelin GmbH, Friedrichshafen, das Zeppelin Museum Friedrichshafen, das Magirusarchiv Ulm, das Braith-Mali-Museum Biberach, das Stadtarchiv Biberach, das Stadtarchiv Weingarten, die Ravensburger AG, das Feuerwehrmuseum Ravensburg, das Heimatmuseum Weißenau, die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm sowie Herr Frankenhauser aus Erbach, Herr Peter Müller aus Heilbronn und Herr Zimmermann aus Frankfurt. Ihnen allen sei vielmals gedankt. Für die musikalische Einführung zu Beginn der Veranstaltung möchte ich in unserer aller Namen Simon Traub und Julia Waller sowie ihrer Lehrerin Frau Susanne Lohwasser ganz herzlich danken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und lade Sie nun alle herzlich zu einem Gang durch die Ausstellung ein und hoffe und wünsche, dass Ihnen der „Weg in die Moderne“ gefallen möge.